

unterziehen. Im Weimarer Parteihaus erhielten sie eine Lektion über die „führende Rolle der KPdSU im Kampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Es habe den Anschein, „daß sie manchmal sehr selbstbewußt Entscheidungen fällen.“ Statt dessen müßten sie einsehen, daß „das Verhältnis zu den Kommandanturen (...) und zu den einzelnen Offizieren (...) sich wesentlich gewandelt“ hat. „Wir müssen klar erkennen“, argumentierte Innenminister Willy Gebhardt (KPD/SED), „daß die russischen Genossen uns durch ihre Erfahrung weitaus überlegen sind, auch wenn es sich um junge Offiziere handelt.“ Die in Altenburg geübte „Selbstherrlichkeit“ bedeute „eine große Gefahr des Abrutschens in den Opportunismus.“

Dieses Delikt und Nachforschungen, die von der Zentralen Parteikontrollkommission bei „intensiver Mitarbeit durch eine Kommission der Freunde“ in Altenburg vorgenommen worden waren, führten letztlich zur Auflösung des Kreisvorstandes, zum Parteiausschluß ihres Vorsitzenden durch das Politbüro und zu einer breiten innerparteilichen Kampagne gegen „nationalistische Abweichungen“ und „Opportunismus“.

Zusammenfassend zeigt sich mithin folgendes:

- Auch in Thüringen vollzieht sich die Vereinigung von KPD und SPD unter Druck und Zwang der Besatzungsmacht gegenüber einer keineswegs politisch homogenen SPD.
- Auch in Thüringen gelingt es der SED sehr früh, die Blockparteien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, nicht zuletzt dank der Mitwirkung von sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften aus CDU und LDP.
- Auch in Thüringen hat die SED in allen wesentlichen Fragen kaum eine Chance, sich gegen Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration durchzusetzen.
- Auch in Thüringen wird der hier nicht besonders thematisierte Prozeß der Transformation der SED in eine bolschewistische Kaderpartei eingeleitet durch das Hinaussäubern von Parteimitgliedern. Davon betroffen sind vor allem diejenigen mit noch virulentem sozialdemokratischem Hintergrund, aber auch Kommunisten, die im Verdacht stehen, wie in den dreißiger Jahren eigenständig und selbstbewußt zu handeln.

2. „Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“

Dr. Magdalena Heider: Der Verband, über den hier kurz zu berichten sein wird, gehört zur Gruppe der Massenorganisationen. Stark vereinfacht lassen sie sich als Verbände charakterisieren, die – zumeist ab 1948/49 unter strikter politischer und personeller Kontrolle der SED – arbeitsteilig als Transmissionen zwischen dem politisch-ideologischen Zentrum und so-

zialen Großgruppen wirkten. Systematisch waren sie zum einen nach ihrem jeweiligen Adressatenkreis und hier nach interessen-, alters- und geschlechtsspezifischen Aspekten zu unterscheiden, zum anderen nach den sie dominierenden speziellen Organisationszwecken, also etwa nach Gesichtspunkten der formalen Legitimationsbeschaffung oder Interessenvertretung, wie sie z. B. beim FDGB, der VdGB, den Konsumgenossenschaften hervortraten, oder nach ihrem Beitrag zur politischen Sozialisation der Menschen. Sie stand z. B. im Zentrum der Aktivitäten der FDJ, der Jungen Pioniere, des DFD oder der DSF, wobei freilich bei allen Massenorganisationen auch deren übrige Funktionen, wie z. B. die der Mobilisierung, der Informationsbeschaffung oder der Kaderbildung, eine Rolle spielten.

Schon aufgrund seiner inhomogenen und zudem wechselnden Klientel war der Platz des Kulturbundes im System der Massenorganisationen nur schwer zu bestimmen. Er war einerseits von seiner Gründung an ein Verband, der die sogenannte Intelligenz erfassen sollte – darunter wurden im wesentlichen alle akademisch oder höher Qualifizierten verstanden – und unter ihnen auch jene, die mangels einer exakten Begrifflichkeit als „Kultur-“ bzw. „Kunstschaffende“ definiert wurden. Seit 1949 wurde ihm aber andererseits auch aufgegeben, in Arbeitsteilung mit FDJ und FDGB einige der bis dahin zunächst verbotenen, dann zum Teil wiederbelebten lokalen und regionalen Vereinigungen, Zusammenschlüsse oder Vereine als Suborganisationen zu erfassen, zu integrieren und zu kontrollieren, die sich in einem weiten Sinne der „Kultur“ widmeten – etwa dem Volkstanz oder der Philatelie, der Pflege der Heimatkunde, der Musik oder der Literatur etc. Zu Beginn der fünfziger Jahre diente er zudem vorübergehend als Organisator der Künstlerverbände, die allerdings – wie die der Schriftsteller, der Komponisten und Musikwissenschaftler oder der bildenden Künstler – 1950 bzw. 1951 unter seinem Dach entstanden und der besseren Kontrolle wegen seit 1952 zu selbständigen Organisationen mit eigenen Verbandsstrukturen umgeformt wurden, zu denen direkte Verbindungslinien der Partei hergestellt werden konnten.

Der Kulturbund spielte somit in seinen früheren Jahren im politischen System der SBZ/DDR eine gewisse Sonderrolle, und seine Strukturen zeigten denn auch gewissermaßen föderative Abweichungen von den eher straff zentralistischen Organisationsprinzipien der klassischen Massenorganisationen marxistisch-leninistischen Typs. Er war mancherorts als eine Art lokaler „Kulturverein“ präsent und oftmals einziger Anbieter kultureller Veranstaltungen; er trat anderswo örtlich allein in Gestalt eines heimat – oder literaturgeschichtlichen Zirkels bzw. als Volkstanzgruppe in Erscheinung. Auf Kreis- und Landesebene hatte er jedoch als politischer Koordinator dieser unterschiedlichen Vereins- und Verbandsaktivitäten zu wirken und sich im Zonen- bzw., DDR-Maßstab schließlich im wesentlichen als Massenorgani-

sation einer sozialen Großgruppe, nämlich der Intelligenz darzustellen, die mit den Marxismus-Leninismus-Kategorien kaum effektiv zu bestimmen und deshalb auch kaum zu organisieren war – vor allem seit die Künstlerverbände existierten und die Kammer der Technik, die ab 1947 verstärkt für die wissenschaftlich-technische Intelligenz zuständig wurde.

Funktionsvielfalt und Funktionswandel erschwerten bzw. verzögerten die Durchsetzung demokratisch-zentralistischer Strukturen, die seit 1948 auch im Kulturbund angestrebt wurden. Dies führte dazu, daß der Bund im damaligen öffentlichen Bewußtsein und wohl auch später noch als eine der weniger fremdbestimmten Organisationen galt, als ein Verband, in dem zuweilen sogar Initiativen von unten möglich schienen. Das schlug sich auch in den Mitgliederstatistiken nieder. Angefangen hatte der Bund im Juli 1945 mit 116 Mitgliedern, im Juni 1947 waren es 105.000, im August 1949 konnte er 152.500 verzeichnen und ein Jahr später 158.600. Ab 1949 ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß z. B. alle, die behördlich anerkannt Briefmarken sammeln und tauschen wollten, Mitglieder der entsprechenden Suborganisation, der Kommission „Philatelie“ des Kulturbundes, werden mußten.

Was sich in den Abweichungen von den Normen der Massenorganisation zeigte, war freilich nicht nur Ausdruck der Organisationsspezifik, sondern entsprach zunächst auch der Einsicht, daß die Bündnispolitik gegenüber Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Künstlern und Künstlerinnen und sonstigen Geistes- bzw. Kulturschaffenden besonderer politischer Sensibilität bedürfe. Es war dies eine Leitlinie, die bis etwa 1950 noch eine gewisse Verbindlichkeit hatte, dann aber zugunsten eines schroffen marxistisch-leninistischen Homogenisierungskurses aufgegeben wurde.

Obwohl inhaltlich wie zeitlich modifiziert, zeigte mithin auch die Frühgeschichte des Kulturbundes die für die Entwicklung des Verbandswesens der SBZ/DDR typischen Prozeßphasen. Er entstand als eine explizit überparteiliche Organisation, die eine ausgewählte soziale Gruppe ansprechen, organisieren und als Bündnispartnerin der Kommunisten gewinnen sollte. Dazu benötigte er auf der einen Seite eine eher offene, auf den vermeintlich gegebenen antifaschistischen Konsens bezogene Programmatik und auf der anderen Seite Binnenstrukturen, die den Führungsanspruch der KPD-Initiatoren sicherten und ausreichten, Kontrolle und Zugriff zu gewährleisten.

Von 1948 an wurde die Überparteilichkeit schrittweise modifiziert, zunächst organisationsintern, dann seit 1949 auch öffentlich. Gleichwohl, und auch das zeigt sein spezielles Profil, schrieb der Kulturbund die führende Rolle der SED erst 1968 in seine Satzung.

Daß diese Metamorphose des Verbandswesens im engen Zusammenhang mit dem Wandel der SED zu einer Kaderpartei stalinschen Zuschnitts stand, einherging mit der „volksdemokratischen“, später „sozialistischen“ Instrumen-

talisierung und Zentralisierung der Staatsfunktionen und den Verstaatlichungsprozessen in der Wirtschaft, braucht hier mit Verweis auf die Ausführungen von Herrn Weber nur erwähnt zu werden, ebenso die Tatsache, daß dies eine politische Folge der Lagerbildung im Osten und somit auch Konsequenz der internationalen Politik in dieser Phase des Kalten Krieges war.

Im folgenden will ich den Versuch unternehmen, anhand von vier für die frühe Entwicklung des Kulturbundes wichtigen Aspekten die Ursachen und Folgen des Wandels anzusprechen.

Ich will erstens auf das bündnispolitische Kalkül der Kommunisten verweisen. Für diese politische Taktik waren bis 1948 die Erwägungen von Bedeutung, die bereits 1944 in der Moskauer Emigration angestellt worden waren. Sowjetische und deutsche Kommunisten, unter ihnen für die KPD-Führung Johannes R. Becher, gingen damals davon aus, daß die gewollte radikale Veränderung der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen in Deutschland von einer „Demokratisierung der Kultur“ begleitet sein müsse. Dies schloß bei der Planung für den Kulturbund von vornherein eine starke gesamtdeutsche Ausrichtung ein, die später allerdings ebenfalls modifiziert werden sollte. Die Initiatoren sahen in der erfolgreichen chauvinistisch-rassistischen Umprägung eines Teils des deutschen „Kulturerbes“ durch das NS-Regime – wohl zu Recht – eine der Ursachen für die Folgebereitschaft der meisten Deutschen, zumindest bis zur Kriegswende.

„Demokratische Erneuerung“ war in dieser Sicht allerdings eine doppelte Aufgabe: Sie sollte grundsätzlich die NS-Ideologie und ihre Wurzeln bloßlegen, die verdrängten, verbotenen oder vergessenen humanistischen Traditionen wiederbeleben und fördern. Angestrebt wurde darüber hinaus aber eine Umerziehung, die die Deutschen für eine andere Gesellschaftsordnung motivieren sollte. Diesem Konzept der Transformation eines zunächst noch unbestimmten, aber schon antikapitalistischen, dann immer stärker propagierten sozialistischen Antifaschismus hatten in der SBZ alle Einrichtungen zu folgen, die kulturpolitisch arbeiteten: die Schulen ebenso wie die Universitäten, die Verlage, die Sprech- und Musikbühnen und auch der Sport etc., und angesichts der eindeutigen Machtverhältnisse fiel es nicht schwer, dies administrativ durchzusetzen.

Schwieriger war es, die „Kulturschaffenden und Kulturinteressierten“ zu gewinnen, schon weil ja nicht nur NS-Gegner angesprochen, sondern auch die intellektuellen „Mitläufer und Mitläuferinnen“ erreicht und zugleich die NS-Sympathisanten isoliert werden sollten. Insbesondere mit Blick auf die Mittelgruppe, die Mitläufer und Mitläuferinnen, hatte eine Kulturorganisation dieses Funktionszuschnitts zunächst ihre Überparteilichkeit zu betonen, sich aber zugleich so zu strukturieren, daß sie nicht etwa zu einer Interessenvertretung dieser Gruppe werden konnte, vielmehr fähig war, auf diese auch im perspektiv-übergreifenden Sinne „erzieherisch“ einzuwirken. Dazu wurde

bereits im Sommer 1945 ein Programm formuliert, das bei aller Betonung des antifaschistischen Nahziels für die sozialistische Perspektive offen war und zugleich Organisationsprinzipien entwickelte, die eine Selbstbestimmung der Mitläufer dadurch verhinderte, daß nominelle Pgs formell erst 1947 – in Mecklenburg beispielsweise war dies informell schon seit 1946 möglich –, immer aber erst nach einer strengen Prüfung aufgenommen wurden. Die Ausstattung der zentralen Gremien mit weitgehenden Rechten blockierte allerdings eine intensivere Mitbestimmung der regionalen Gliederungen.

Zweitens: Mit der Verlagerung der bündnispolitischen Interessen auf das Werben für den Marxismus-Leninismus und mit der Konzentration auf die Intelligenz-Gruppen, die für die Legitimationsbeschaffung und Produktivität der SBZ/DDR von besonderem Belang waren, veränderte sich auch die Bedeutung des Prinzips der Überparteilichkeit. Siene Aushöhlung und die Permanenz der strikten Anbindung an die SED dokumentiert die Zusammensetzung des Führungsgremiums des Kulturbundes, des Präsidialrates, zwischen 1945 und 1949.

1945 waren von den 24 Mitgliedern 13 parteilos, 1949 waren es von 60 Präsidien 26. Drei gehörten sowohl 1945 als auch 1949 der CDU an. Die Zahl der LDP-Mitglieder stieg in diesen Jahren – freilich nur von null auf drei. Hinzu kamen 1949 je ein Vertreter der Bauern- und der National-Demokratischen Partei. Die Gruppe der Geistlichen schrumpfte von drei auf einen. Die stärkste Parteien-Fraktion stellten 1945 wie 1949 die Mitglieder von KPD/SPD bzw. SED. 1945 waren es, den Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf einmal mitgezählt, sieben, also ein knappes Drittel, und 1949 26, also nahezu die Hälfte. Da die Landesvorsitzenden qua Amt dem Präsidialrat angehörten und alle SED-Mitglieder waren, wuchs die SED-Gruppe auf 32. Deutlicher noch zeigte sich die KPD-Stärke beim hauptamtlichen Personal. Als Generalsekretäre wirkten zwischen 1945 und 1949 die ehemaligen KPD- und späteren SED-Mitglieder Heinz Willmann, Klaus Gysi und Alexander Abusch. Und auch in den Ländern waren die hauptamtlichen Funktionen mit SED-Mitgliedern besetzt, die zumeist einen KPD-Hintergrund hatten.

Wie skrupulös die KPD-Führung in bündnispolitischen Fragen nach 1945 gewesen war, zeigte ihre damalige Reaktion auf die Wahl Johannes R. Bechers zum Präsidenten. Man hatte für den Posten den parteilosen Schriftsteller Bernhard Kellermann eingeplant, für Becher dagegen den Vorsitz eines Arbeitsausschusses vorgesehen, der die „praktische Alltagsarbeit“ erledigen sollte. Anton Ackermann, der führende kommunistische Kulturpolitiker dieser Zeit, nannte die Wahl Bechers denn auch eine „Niederlage“ und verlangte, sie demnächst zu korrigieren. Doch gegen die Pro-Becher-Stimmung der Gründer konnte selbst Becher nichts ausrichten. Sie wollten und sie wählten ihn immer wieder, bis 1958 – kurz vor seinem Tod.

Das Schrumpfen der bürgerlichen Fraktionen im Präsidialrat war weniger

Folge eines von den Kommunisten begonnenen expliziten Verdrängungsprozesses, wohl eher eine resignative Konsequenz des von Christ- und Liberaldemokraten wie von den Kirchen wahrgenommenen ideologischen Vormachtstrebens der SED. Man zog sich zurück, wie z. B. Ernst Lemmer, der katholische Geistliche Melchior Grosseck oder Generalsuperintendent Friedrich-Wilhelm Krummacher. Da eine öffentliche Kritik jedoch unterblieb, konnte nicht verhindert werden, daß die Kulturbundspitze, nun mit Verweis auf die große Zahl der Parteilosen sowie die kleinere der verbliebenen Blockparteimitglieder, zunächst ihre andauernde Überparteilichkeit betonen konnte und dann, nach der Anerkennung des Führungsanspruchs der Einheitspartei, in der Lage war, auf die SED-Loyalität ihrer Repräsentanten zu verweisen.

Ebenfalls im Kontext des zunächst noch verdeckten Übergangs zur „Volksdemokratie“ und der mit ihm verbundenen Abgrenzung vom Westen stand drittens der Wandel der kulturpolitischen Konzeption. Für die früheren Jahre war die vom August bis zum Oktober 1946 in Dresden vom Kulturbund mitveranstaltete erste „Allgemeine Deutsche Kunstausstellung“ weithin charakteristisch gewesen. Hier waren Werke unterschiedlicher Richtungen gezeigt worden: Die Moderne, auch mit ihren abstrakten Repräsentanten, besonders aber Arbeiten, die von den Nazis unterdrückt und verboten gewesen waren, wie die Zeichnungen von Käthe Kollwitz oder die Skulpturen Ernst Barlachs. Charakteristisch für die sowjetischen wie für die deutschen Kommunisten war aber wohl schon damals, was Sergej Tjulpanov, Leiter der Informationsabteilung der SMAD, erinnerte, daß nämlich manche Kunstverständige einige Arbeiten nicht ausstellen wollten, weil sie dem widersprachen, was seinerzeit in der Sowjetunion als Kunstdoktrin herrschte und seit 1948 auch schrittweise für Ostdeutschland verbindlich werden sollte.

Entgegen der bislang betonten Pluralität begannen nun, ausgehend von einer Kulturtagung der SED im Mai 1948 und forciert durch Zeitungsartikel des Kulturoffiziers der SMAD, Alexander M. Dymshiz, die ersten Versuche, den sozialistischen Realismus in der SBZ/DDR durchzusetzen. Dies wirkte auch auf die Diskussionen im Kulturbund zurück, obwohl diese zunächst erstaunlich vielstimmig blieben. So wurde nach 1949 kritisiert, daß „die Aufstellung eines Codes allgemeiner und einheitlicher Prinzipien“ bzw. „die klare Scheidung in gut und böse“ dieselbe Gefahr in sich berge, wie sie auch in der NS-Zeit bestanden habe, und in den meisten Sphären der Kulturbundarbeit fand die Kampagne zunächst kaum statt. Seit 1950 wurde sie von der SED jedoch intensiviert und griff dann ab März 1951, ausgelöst durch die 5. ZK-Tagung der SED, auf den Kulturbund über. Während sie in den Künstlerverbänden, die – wie erwähnt – damals gerade unter dem Kulturbund-Dach entstanden, relativ ausführlich und kontrovers aufgenommen wurde, reagierte der Gesamtverband eher lustlos. Dies lag zum einen an den strukturell bedingt schlechten Kontrollmöglichkeiten der SED, zum anderen wohl auch an der Haltung

Bechers, der sich selbst auf der 5. ZK-Tagung mit ihren extrem schroffen Formulierungen im März 1951 zu diesem Thema durchaus differenziert und zurückhaltend äußerte.

Viertens: Leichter fiel dem Kulturbund der Wandel seiner deutschlandpolitischen Programmatik. An die Stelle der bis dahin explizit betonten nationalen Orientierung, die sich in verschiedenen gesamtdeutschen Tagungen, wie 1947 im Schriftstellerkongreß, gezeigt hatte, trat seit 1949 eine Position, die zwar an der Einheit Deutschlands formal und zunehmend kämpferisch festhielt, inhaltlich aber die DDR, die Integration in das „sozialistische Lager“ und die politische wie kulturelle Abgrenzung vom Westen favorisierte. Im Zentrum der neuen Weltsicht stand eine „eindeutige Stellungnahme zur Sowjetunion“. Dies forderte die SED verstärkt seit April 1949. Sie hatte Erfolg. In Becher, dem wohl vaterländischsten der deutschen Kommunisten, hatte zuvor allerdings der Parteifunktionär den Patrioten erschlagen müssen.

Die Wendung wurde auf dem zweiten Bundeskongreß im November 1949 vollzogen. Neben Bekenntnissen zur DDR und zur Freundschaft mit der Sowjetunion wie zu Stalin wurde hier dann auch die Transformation des Kulturbundes in eine Massenorganisation marxistisch-leninistischen Zuschnitts beschlossen. Dies war – wie die Akten belegen – im Präsidialrat zunächst auf Widerstand gestoßen. Dieser richtete sich allerdings weniger gegen die damit verbundene weitere Instrumentalisierung der Organisation, sondern galt vielmehr einem Funktionswandel des Kulturbundes, über den seinerzeit in der SED-Führung nachgedacht worden war. Als Interessenvertretung der akademisch qualifizierten und künstlerischen Intelligenz, speziell der Wissenschaftler, wollte ihn Anton Ackermann, als Verband für die „beste deutsche Intelligenz“ wollte ihn Klaus Gysi künftig wirken lassen. Dies konnte abgewendet werden: Der Bund verstand sich fortan weisungsgemäß als Massenorganisation, blieb aber tatsächlich ein „Bauchladen“, dessen Strukturen für „demokratischen Zentralismus“ nicht eben günstig waren.

Kurz zusammengefaßt: Grundsätzlich weisen Programmatik und Aktivität jener Jahre den Kulturbund als eine Organisation aus, deren Entstehung und Funktionswandel der jeweils aktuellen Politik von KPD/SED folgte. Entsprechend veränderte sich sein Profil von einem explizit antinazistischen, aber programmatisch pluralistischen Verband mit relativ weitem Handlungsspielraum zu einer Organisation mit tendenziell marxistisch-leninistischem Selbstverständnis und einem klar abgesteckten, jedoch intern genutzten Aktionsrahmen. Die Ausdifferenzierung der Mikrostrukturen machte ein Interessen- und Meinungsspektrum möglich, das breiter gefächert war, als die Zusammensetzung der engeren Führungsspitze vermuten ließ. Es fällt deshalb schwer, den Kulturbund ab 1949 als eine Massenorganisation marxistisch-leninistischen Typs mit voll ausgeprägten Funktionen zu klassifizieren. Angemessener scheint es, ihn als Verband zu begreifen, der zwar prinzipiell bereit war, der SED-Politik

zu folgen, dem jedoch eigene Handlungsspielräume eingeräumt worden waren, die er situationsabhängig auch nutzte. Belege für diese Wechselbeziehung sind nicht nur die Durchsetzung des sozialistischen Realismus, sondern auch die innerverbandliche Auseinandersetzung um den 17. Juni 1953, bei der es für DDR-Verhältnisse verhältnismäßig offen und kontrovers zuing.

Auch die Tatsache, daß der Kulturbund im Juni 1992 immerhin noch 100.000 Mitglieder zählte – 1988 waren es 277.327 –, mag als Indiz dafür gelten, daß er zumindest für einen Teil seiner Mitglieder mehr war als nur ein Instrument der Partei zu ihrer Fremdbestimmung.

Dieses Fazit deckt sich in seinen Grundzügen mit der Einschätzung, zu der ich schon 1989, vor der Öffnung der Archive, gekommen war. Das lag vor allem daran, daß die gedruckten Quellen, Zeitungen und Zeitschriften aus diesen Jahren, aber auch die übrigen Überlieferungen im Vergleich zu späteren Phasen der DDR-Entwicklung relativ ergiebig sind und auch die Publikationen des Kulturbundes einen guten Einblick ermöglichten. Natürlich ist das Bild seit dem Zugang zu den Archiven sehr viel dichter und bunter geworden. Gerade deshalb erscheint es mir wünschenswert, auch in diesem Bereich weitere Forschungen zu ermöglichen.

3. *„Funktion und Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und ihrer Vorgängerorganisationen“*

Prof. Dr. Lothar Dralle: Vor der Beschreibung der Funktionen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (GDSF bzw. DSF) will ich einen kurzen Blick auf das Verhältnis der Deutschen zu den Russen werfen, wie es sich in den tausend Jahren vor ihrer Gründung entwickelt hat.

Die meisten Deutschen interessierten die Russen oder Rußland in der Regel nicht. Wurde ihre Aufmerksamkeit aber durch irgendwelche spektakulären Ereignisse geweckt, dann entwickelten sie gegenüber den Russen eine ambivalente Einstellung. Interesse wie Einstellung nahmen übrigens vom deutschen Nordosten nach Südwesten hin in ihrer Intensität ab.

Die Ambivalenz in der unterschiedlich stark präsenten Einstellung der Deutschen gegenüber den Russen wird durch zwei gegensätzliche Merkmale bewirkt. Einerseits fühlten sich die Deutschen den Russen überlegen, andererseits hatten sie Angst vor ihnen. Diese Zustandsbeschreibung gilt für 95 % der Deutschen oder mehr.

Eine weitere Vorbemerkung: In der Zeit der Weimarer Republik entstanden zwei Gesellschaften, die die Deutschen zu Freunden der Russen bzw. der Sowjets machen wollten. Hinter beiden, der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ wie dem „Bund der Freunde der Sowjetunion“, stand die Kommunistische Internationale. Von beiden kennen wir Mitgliederzahlen. Da